DZ
DEUTSCHE Zukunft
NPD - Landesspiegel Nordrhein-Westfalen
K 13012 E
Ausgabe Nr. 06 • Juni 1999
Patenschaftsverband Ostpreußen

KOSOVO

NACH DEN PANZERN FOLGT DER WIEDERAUFBAU!

Zahlen werden wir alle!

Europawahl: Schwere Schlappe für Rot-Grün!

In NRW niedrigstes Ergebnis seit Jahrzehnten für Sozialdemokraten und Grüne

INHALT:

Seite 2: • Inhalt und Impressum

Seite 3: • Kosovo: Zahlen werden wir alle!

Seite 4: • Drohung, die nicht schreckt
• Genscher war der Brandstifter

Seite 5: • Europawahl: Abgewirtschaftet?

Seite 6: • Männerdiskriminierungen
• Die Geisteshaltung des neuen Kultusministers

Seite 7: • Meldungen - bunt gemischt: Heute aus dem Landtag

Seite 8: • Meldungen - bunt gemischt
(Fortsetzung von Seite 7)

Seite 9: • Hinter der Larve des Friedens: Das Gesicht des Terrors
• Der schwarze Mann

Seite 10: • Hinter der Larve des Friedens: Das Gesicht des Terrors
(Fortsetzung von Seite 9)

Seite 11: • Müllverbrennung

Seite 12: • Am Rande notiert: Merkwürdige Gebühren
• Auch Goethe war ein Nazi!

Seite 13: • Glosse: Der Sängerkrieg

Seite 14: • Anzeige UN

Seite 15: • Neues aus Absurdistan
• M. Dammeyer: Kaum begonnen, schon am Ende?

Seite 16: • Comic: Alltag in deutschen Wohnzimmern?

Seite 17: • Teure Therapien für unverbesserliche Jungkriminelle
• Köln Pleite
• Scherzfrage

Seite 18: • Spielbank in Duisburg

Seite 19: • Zitiert: Deutschland mußte wegen Auschwitz mit dem EURO bestraft werden, meint J. Fischer

Seite 20: • EU-Korruptionssumpf
• Unfallort Spielplatz

Seite 21: • „Linke sind psychisch krank ..."

Seite 22: • Vom Umgang der Briten mit ihren Ausländern
• Reemtsma: Deutschland ist tot

Seite 23: • Anzeige GDO

Seite 24: • Foto „Köln...Bonn...Münster..."

Anzeigen:

GDO • Hamburg • Seite 23

Unabhängige Nachrichten • Oberhausen • Seite 14/19

Impressum

DZ DEUTSCHE Zukunft

Landesspiegel Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:
NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Günnigfelder Str. 101a • 44866 Bochum
Tel.: 02327/ 23 06 19 • Fax: 02327/ 2 16 94

V.i.S.d.P.: U. Holtmann • W. Henning • Anschrift s.o.

Ständige Mitarbeiter:
W. Frenz • W. Kevering • W. Stein • B. Kremer • J. Kevering

Leiter der Redaktionsgemeinschaft:
U. Holtmann • W. Henning

Gestaltung/Druck:
SDI-Konzept GbR • E.i.S.

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste 1/90
Nachdruck unter Quellenbezug und Überlassung von zwei Belegexemplaren unentgeltlich gestattet.

Konten: Postgiroamt Köln:
179 609-500 • BLZ 370 100 50

Sparkasse Bochum:
11 775 079 • BLZ 430 500 01

Bezugspreis: 21,50 DM jährlich inkl. Versand
Erscheinungsweise: Monatlich
Gerichtsstand: Bochum

Bei Nichtlieferung in Fällen höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Für unangefordert eingesandte Manuskripte, Bänder, Bücher und Videos wird keine Gewähr und Haftung übernommen. Mit Namen und Signum gezeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers, nicht immer die der Redaktion dar.

Kosovo: Jetzt geht es an den Wiederaufbau

ZAHLEN WERDEN WIR ALLE!

Und wieder einmal hat sich der alte Grundsatz der Kapitalisten bewahrheitet: „*Verkaufe erst die Bomben mit denen ein Land zerstört und dann den Zement mit dem es neu aufgebaut wird und verdiene daran doppelt.*"

Als neuestes Beispiel dieser alten Tradition kann man nun direkt vor Europas Haustür das Restjugoslawien nehmen. Kaum sind unter dem Hurra-Gebrüll der westlichen Wertegemeinschaft (oder etwa doch dem der US-kapitalistischen Weltpolizei?) Kampfeinheiten unter dem Deckmäntelchen einer Friedenstruppe in einen souveränen Staat eingefallen, rechnen die Finanzminister schon die Kosten des Wiederaufbaus und die daraus resultierende Belastung für den Steuerzahler aus.

Deutsche an die Front! Auf einmal?

Erst wurde in zahllosen Kriegsnächten das serbische Volk in Elend und Armut gebombt, dann rollen Panzer fremder Mächte in die Wiege der serbischen Kultur und als letzte Konsequenz ziehen einmal mehr Flüchtlingstrecks aus dem Kosovo. Diesmal verlassen die Serben in gleicher panischer Angst wie kurz vorher die Albaner das Land.

Wer kümmert sich nun um die serbischen Flüchtlinge? Wer baut nun den Kosovo und Serbien wieder auf? Wer beseitigt die zahlreichen Blindgänger der NATO und die Minen der Serben? Wer versorgt nun die Opfer der NATO-Bomben? Die Antwort auf all diese Fragen ist genauso leicht, wie die auf die Frage, wer alles zerbombt hat. Natürlich die EU und auch wie immer mit Deutschland als Hauptzahler. Die USA hat mal wieder ihre neuesten militärischen Spielzeuge ausprobiert und überläßt - man kann bereits jetzt darauf wetten - die Beseitigung des Scherbenhaufens anderen Ländern. Hauptsache man hat Serbien die neue us-imperialistische Weltordnung aufgezwungen.

Was die wenigsten Menschen jedoch realisiert haben, kommt erst bei genauer Betrachtung an das Tageslicht. Mit diesem Krieg haben die US-Amerikaner ein weiteres wichtiges wirtschaftliches Ziel erreicht: Der Euro wurde während des Krieges im Verhältnis zum Dollar auf einen absoluten Tiefstand gedrückt und wird in wenigen Wochen absolut keine Gefahr mehr für die US-Währung darstellen. Damit ist die Welthoheit des Dollars auf lange Zeit gesichert.

Unser Herr Eichel rechnet währenddessen bereits emsig, wie er die Kriegskosten auf den deutschen Steuerzahler umlegen kann und spricht von Sparpaketen und Mehrbelastungen. In den USA liest man nichts dergleichen - wahrscheinlich weil die Zeche sowieso ein anderer zahlt. Merkwürdig, oder?

Wie lange will sich das deutsche Volk eigentlich noch die durch Generationen erfolgte Umerziehung gefallen lassen und brav zu allem „Ja und Amen" sagen? Wie lange wollen wir uns eigentlich noch zu einem Spielball fremder Interessen machen lassen? Es ist an der Zeit, endlich aufzuwachen und sich nicht länger als Sklave der neuen Welt- und Kapitalordnung einspannen zu lassen. Nur wir selber können uns und unsere Kinder vor dem Untergang schützen. *(wh)*

Drohung, die nicht schreckt!!

"Wir werden weiter Ausländer ermuntern, Mitglied bei uns zu werden" - ein Zitat der CDU-Generalsekretärin Angela Merkel. Das paßt auch zu einer dpa-Meldung, wonach der CDU-Landesvorstand in NRW bestrebt ist, Ausländer in Führungsgremien dieser Partei aufzunehmen. Sollte sich die CDU unter Rüttgers durchsetzen, ist der Tag nicht mehr fern, wo wir einen Türken als Landesminister haben.

So ist der 23-jährige türkische Student Bülent Arslan der Superstar der nordrhein-westfälischen CDU unter ihrem Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers. Wer glaubt, die CDU wollte mit ihrer Unterschriftenaktion die Zahl der Ausländer begrenzen oder gar zurückführen, ist einem populistischen Trick dieser Partei aufgesessen.

Im Gegenteil, die Partei will die hier lebenden Ausländer zu deutschen Staatsbürgern machen, wobei letztendlich auch der Doppelpaß hingenommen werden soll, nur soll dieses - nach CDU-Vorstellungen - nicht zur Regel werden.

So sind sich auch die CDU-Politiker mit den anderen in Bundes- und Landtag vertretenen Parteien einig, daß nicht abgeschoben wird, weil nicht abgeschoben werden kann. Die von diesen Politikern geschaffene Rechtslage läßt das nicht zu.

So werden Kurden, die Landfriedensbruch begehen, deutsche Polizisten zusammenschlagen, kriminelle Vereinigungen wie die PPK bilden, nicht ausgewiesen und abgeschoben, sondern können trotz Abschiebeverfügung noch sechs Jahre im Land bleiben, wenn sie die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausnutzen, bei denen ihnen deutsche Rechtsanwälte mit Tat und Rat zur Seite stehen, deren Honorar über die Prozeßkostenhilfe auch noch der deutsche Steuerzahler bezahlt.

Sind die sechs Jahre herum, in denen weitere schwerste Kriminalstraftaten begangen werden können, greift als Abschiebungshindernis "ein durch Gewohnheitsrecht gesichertes Abschiebeverbot durch ein eigenständiges Aufenthaltsrecht" des betroffenen Ausländers.

Das heißt, das ganze Geschwätz der Innenminister über Abschiebungen ist nichts als eine "Drohung, die nicht schreckt", schrieb in einem Anflug der Wahrheitsfindung eine bekannte Zeitung in NRW. *(Kremer/Wfr.)*

Genscher war der Brandstifter!

Für den Konflikt auf dem Balkan ist zweifelsfrei der Ex-FDP-Außenminister Dietrich Genscher, der für die FDP den Erbhof des Deutschen Auswärtigen Amtes über Jahre besetzt hielt, nicht unschuldig.

Mit vielen Versprechungen trug dieser zur Auflösung von Jugoslawien bei, obwohl der damalige UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar vor der kriegstreibenden Balkanpolitik gewarnt hatte. Doch der eigensinnige "Weltenpolitiker" Genscher setzte mit der voreiligen Anerkennung von Slowenien und Kroatien das Desaster auf dem Balkan in Bewegung.

Nicht unschuldig sind aber auch der Ex-Bundeskanzler Kohl und der Bundestag, die den Brandstifter Genscher mit seiner Scheckbuchpolitik walten und schalten ließen. Das Ergebnis ist der Kosovo-Konflikt mit seinen unüberschaubaren Milliardenpoker.

Die Opfer sind die vertriebenen Kosovo-Albaner und der deutsche Steuerzahler, der die Kriegsmaschine bezahlen muß. *(Frenz)*

EUROPAWAHL: Abgewirtschaftet?

Quittung vom Wähler - ist Rot/Grün schon am Ende?

Ein herber Schlag in das Gesicht des Möchtegernboliden Schröder war die EU-Wahl am 13.Juni 1999. Nach dem glanzvollen Sieg der SPD mit ihren grünen Koalitionspartner bei der letzten Bundestagswahl kam umgehend die Quittung vom Wähler für die Verfehlungen der Bundesregierung in den letzten Monaten.

Das Kriegstreiber und Steuerlügner es beim Wähler immer schwer haben, bewies das Wahlergebnis vom 13.06. Statt einer Bestätigung gab es den berühmten Warnschuss.

Dachten die Herren und Damen Regierenden wirklich, daß der deutsche Wähler es sich auf Dauer gefallen läßt, belogen und betrogen zu werden?

Ein besonders lautes Stöhnen ging durch die SPD in Nordrhein-Westfalen. In dem Bundesland, wo jedes Ergebnis unter 50 Prozent bei Landtagswahlen als Niederlage angesehen wird, erreichte die rote Partei gerade noch 37,4 % der Stimmen und mußte sich den 47,3 % der CDU geschlagen geben. Auch der Koalitionspartner, die Grünen, wurden gehörig gerupft. Verwunderlich ist dabei nur, daß der Wähler von einem Extrem der Lüge zum anderen wechselte. Ein Plus von 10,3 Prozent für die CDU in NRW, die bundesweit in den vergangenen 16 Jahren unser Land herunter gewirtschaftet hat, zeugt eigentlich nur von der politischen Verbohrtheit vieler Wähler, immer nur etablierte Parteien zu wählen.

Wenn die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen tatsächlich einen Regierungswechsel zur CDU bringen sollten, dann kommt auf die Bürger keinesfalls eine Änderung in der Politik zum Wohl des deutschen Volkes zu, sondern nur ein unbedeutender Farbwechsel von Rot nach Schwarz.

Es verwundert schon, daß die rot-grünen Strategen meinen, den Wähler mit leeren Worten abspeisen zu können und nur scheinheilige Entschuldigungen von sich geben. Sollte sich in den wenigen Monaten der Regierungsarbeit der Elan bereits so aufgebraucht haben, daß der anfänglichen Euphorie die Mutlosigkeit folgt? Einer (Lafontaine) hat ja bereits hingeschmissen und die nächsten werden sich wohl bald Richtung EU-Kommission verabschieden.

Es soll sogar in Politikerkreisen bereits inoffizielle Wetten geben, wie lange sich die rot-grüne Regierung noch halten kann. Wir Nationaldemokraten werden uns an diesen Spekulationen jedoch nicht beteiligen, da wir der Meinung sind, daß weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün regierungsfähig sind und es verdienen, Machtpositionen auszuüben.

Jeder bekommt das, was er verdient!

(wh)

Wahlergebnis EU-Wahl 13.06.99

Partei	Bund		NRW	
	%	Gew.(+)/Verl.(-)	%	Gew.(+)/Verl.(-)
SPD	30,7	- 1,5	37,3	- 2,8
CDU	39,3	+ 7,3	47,3	+ 10,3
GRÜNE	6,4	- 3,7	7,1	- 4,1
CSU	9,4	+ 2,6	--	--
F.D.P.	3,0	- 1,1	3,5	- 0,8
REP	1,7	- 2,2	0,9	- 1,8
PDS	5,8	+ 1,1	1,3	+ 0,7
NPD	0,4	+ 0,2	0,3	+ 0,1

Die Gewinn- und Verlustprozente basieren auf den Wahlergebnis der EU-Wahl von 1994 und zeigen die Veränderungen zu dieser Wahl.

Männerdiskriminierungen

Dem Ministerpräsidenten in NRW, Clement, droht Ungemach. Die Förderung der städtischen Regiebetriebe bringt das mittelständige Handwerk auf die Palme. Denn immer mehr Gemeinden, gefördert durch die Landesregierung und begünstigt durch die Reform der Gemeindeordnung, gehen dazu über, städtische Tochtergesellschaften zu gründen, die u. a. Gärtnereien und Schrotthandel betreiben und dem Mittelstand Umsatz fortnehmen.

So droht jetzt bei der Fortsetzung des mittelstandsfeindlichen Kurses der Landesregierung der Präsident des NRW-Handwerkertages, Hansheinz Hauser, aus den Gesprächen für das "Bündnis für Arbeit" in Nordrhein-Westfalen auszusteigen.

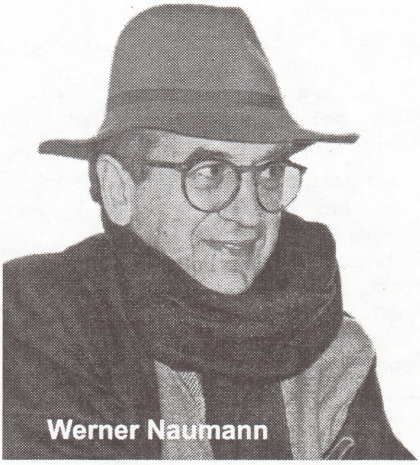
Auch den Frauen, die wegen der Gleichstellungsgesetze, die häufig zu einer Überprivilegierung der Frau führen - besonders im öffentlichen Dienst -, müssen sich nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes in Aachen, eine Diskriminierung nun der Männer unterstellen lassen.

Das Gericht hat beanstandet, daß bei Fristen zur Vergabe von Existenzgründungshilfen Frauen gegenüber Männern bevorzugt werden, indem die Gewerbeförderstelle des Landes Anträge zur Förderung bei Männern wegen Fristversäumnis oft ablehnt, dagegen bei Frauen Nachsicht zeigt und Fristen bis zu zwei Jahren überschreiten läßt.

Das können sich die Männer in unserem Land nicht gefallen lassen. Neben den Frauengleichstellungsstellen in den Gemeinden sind nun solche auch für Männer gefragt; übrigens eine Patentlösung, die Arbeitslosigkeit durch Einstellung von Männern in einzurichtenden Männergleichstellungsstellen abzubauen! *(Frenz)*

Die Geisteshaltung des neuen Kultusministers

Werner Naumann, der Kultusstaatsminister im Kabinett Schröders zeigt sich bei seinem Besuch in London nicht nur als Nestbeschmutzer, sondern begab sich in die Nähe schweinischer Gesinnung, als er vor Journalisten die Deutsche Wehrmacht "als marschierendes Schlachthaus und Tötungsmaschine" bezeichnete und selbst den von den Engländern hoch verehrten Rommel niedermachte.



Werner Naumann

Wenn solche Männer wie Naumann deutsche Kultur und Geschichte im Ausland vertreten, wundert es nicht, wenn die Deutschen als Perverslinge im Ausland dargestellt werden, die beispielsweise dem Blut- und Fäkalien-Aktionisten Otto Mühl, der vor Jahren wegen Vergewaltigung minderjähriger Mädchen abgestraft wurde, für viel Geld aus öffentlichen Mitteln einen neuen Unzuchtbetrieb subventionieren.

Das hat sich zwar jüngst in Österreich abgespielt, ist aber jederzeit in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Kultusminister vom Schlage Naumann wiederholbar. *(Wfr.)*

MELDUNGEN bunt gemischt

heute aus dem NRW-LANDTAG

Johannes Rau: Kaum ist er zum Präsidenten der BRD gewählt worden, da fangen schon die Ehrungen an: Am 14. März des Jahres 2000 erhä lt Rau für seine Verdienste die "*Buber-Rosenzweig-Medaille*". Rau hatte diese christlich-jüdische Organisation 1959 mitbegründet und seit jenen Tagen auf allen Ebenen seiner Tätigkeiten die Zusammenarbeit in ihrem Sinne gefördert.

Kunst: (?) Bis zum Oktober kann man in Oberhausen das "*Kunstwerk*" sehen, welches den Titel "*The Wall*" (Die Mauer) trägt. Der "*Künstler*" Christo,(*jener Herr, der schon den Reichstag in Folien hüllte*), hat 13 000 Ölfässer zu einer Höhe von 26 Metern aufgestapelt. Diesen Unfug, den man in jedem Ölhafen umsonst sehen kann, läßt man sich 3.000.000 DM kosten. Zusätzlich werden noch saftige Eintrittspreise kassiert.

Fehlbelegungsabgabe : Es wird teuer, wenn man hört, was sich die SPD-Landtagsfraktion nun schon wieder ausgedacht hat: Die sog. *"Fehlbelegungsabgabe",* die auf Sozialbauten liegt, soll auf bis zu 35 Prozent angehoben werden. Begründung der *Sozial*demokraten: Diese Erhöhung reiche aus, so daß sich auch *Facharbeiter* diese Wohnungen leisten können... !?!?

Landtagsabgeordnete: Was machen eigentlich die Hinterbänkler der Parteien, die für Steuergelder die Interessen der Bevölkerung vertreten sollen? Nun, sie spielen Fußball mit anderen Hinterbänklern. So spielte eine NRW-Fußballelf ein Spielchen mit anderen Hinterbänkler aus Hessen

(6:3 für NRW) und spielte auch gegen eine Stadtauswahl von Bergkamen (2:1 für die Hinterbänkler). Doch damit nicht genug. Bei dem ebenfalls ausgerichteten Tischtennisturnier konnte eine rege Teilnahme sehen. Sieger wurde hier das Paar Irmgard Birn/Hans Zinkmann, zu deren Parteizugehörigkeit wir nichts sagen können. Dieser Umstand ist gerade deshalb so bedauerlich, da es sich bei Irmgard Birn um eine herausragende Persönlichkeit handeln muß, denn schließlich gewann sie vor einem halben Jahr schon einmal das "Woman-Championat".

Momentane Selbsterkenntnis: "Wir sollen uns als Parlamentarier im vorhinein darüber klar sein, was wir da für ein Zeug beschließen," sagte der Grüne Diätenempfänger Roland Appel. Merkwürdig an dieser aussage ist nur das entlarvende seiner Worte: Gesetze hält er also für *"Zeug".* Ist nicht eher das *"Zeug",* was die Grünen vor einiger Zeit im Landtag von Baden-Württemberg einbrachten? Es war die *Sorge* der Vermischung von Störchen aus Polen und Deutschland. Nach grüner Meinung sollte man diese trennen... !

Polizeigesetz (1.): In der Landtagsdebatte um das sog. *"Polizeigesetz"* betonte die SPD durch den Diätenempfänger Jentsch, daß die Polizei *"ausreichende Mittel habe, um Kriminellen begegnen zu können".* Dem widersprechen wir nicht, denn jeder von uns begegnet täglich allerlei Menschen, nur das, was dann geschieht, ist die Frage !

Polizeigesetz (2.) Eine Zukunftsicht tat der CDU-Diätenempfänger Paus im Zusammenhang mit dem sog. *Polizeigesetz:* Nach der Landtagswahl am 14.Mai 2000 werde man im Falle eines Wahlsieges die "*verdachtsunabhängigen Kontrollen"* ins Polizeigesetz aufnehmen. Dies bedeutet, das JEDER

MELDUNGEN heute aus dem NRW-LANDTAG

Fortsetzung von Seite 7

kontrolliert werden kann, sei er verdächtig oder nicht!

Rauball : Der als Minister geplante Rechtsanwalt Reinhard Rauball, der sein Amt nie antrat(!), hat Anspruch auf 120 000 DM Übergangsgeld. Ist es nicht *"schön"*, zu sehen, welche Ansprüche man erwirbt, wenn man einen geplanten Posten nicht antritt.... ?

Integration : Jamil Karsli (Grüne) fordert ein *"Antidiskriminierungsgesetz"* um die Kluft zwischen Migranten (Einwanderern) und deutschen zu überwinden. Aha! Da kommt ja etwas "schönes" auf uns zu.... . Ein kurzer Blick ins Lexikon erklärt das Wort "Integration" klar und deutlich: *Bildung übernationaler Einheiten bei teilweiser Aufgabe der nationalen Selbständigkeit; Vereinheitlichung; Verschmelzung... .*

Müll: 3.300.000 Tonnen Müll gehen unvorbehandelt auf die Ablagerung. Der Umweltschutz, der hier zum Tragen käme scheint in GRÜNEN-Händen doch wohl sehr schlecht aufgehoben zu sein... .

Ausländerbeiräte: Im Zuge der sog. Verwaltungsreform werden verschiedenste Maßnahmen geplant. Die wichtigste aus deutscher Sicht ist wohl die, daß der *"Ausländerbeirat"* (Planung: § 126 Absatz 3 Satz 2) umgetauft wird. Der neue Name ist auch schon Programm: *"Ausschuß für Zuwanderung und Integration"*.

Anhörung Modernisierungsgesetz: Allerlei stand beim sog. *"Modernisierungsgesetz"* (Bewältigung der Zukunftsprobleme) auf der Tagesordnung. Das Wichtigste: Die Stadwerke Bielefeld sehen sich von ausländischen Stromanbietern in der Existenz bedroht, der Rettungsdienst bemängelt die Festschreibung von Kosten, aber die fehlende Qualitätsfestschreibung und der Bundesverband eigenständiger Rettungsdienste regt an, Krankentransporte an Privatunternehmen zu vergeben (was dem EU-Recht entspräche!) Ist dies nicht alles "*Schön und Modern*"?

Abgeschrieben: *DZ*- Leser wissen mehr ! In der Ausgabe April 1999 stand es klar zu lesen : *Die Abwasserkanäle sind marode und bröckeln vor sich hin.* Der Justiziar der NRW-Bauwirtschaft trug es nun dem Landtag vor: Die öffentliche Hand sei aufgefordert, ihr eigenes Kanalnetz zu sanieren. Was plant jedoch die Landesregierung ? Nun, sie plant, *häusliche* Entwässerungsleitungen auf Dichtigkeit hin zu überprüfen!

Ruhrgebiet: Als die NPD vor ewigen Zeiten sagte, das Ruhrgebiet müsse verwaltungstechnisch zu einer Einheit zusammengefaßt werden, war der Aufschrei groß. Nun sind die Nach-Denker zu der Überlegung gekommen, gerade diese Einheit sei schaffenswert. Bei Umfragen sprachen sich bis zu 86 Prozent der Einwohner des Ballungsgebietes für diese uralte Forderung der NPD aus. Auf Grund dieser wieder gemachten Erfahrung kann man wohl davon ausgehen, das die Gedanken der NPD wohl doch nicht so schlecht sind und die heutigen Ideen der Nationaldemokraten in etwa zwanzig bis dreißig Jahren aus der Schublade geholt und dann erneut als Eigenprodukt präsentiert werden. Leider wie immer zu spät!

Stasi: Schulministerin Behler (SPD) lehnt es weiterhin ab, bei der Einstellung in den öffentlichen Schuldienst eine Überprüfung der Bewerber hinsichtlich einer früheren Stasi-Tätigkeit durchzuführen. Wozu auch? Ist da nicht ein Parteigenosse sogar Ministerpräsident in Brandenburg geworden, der intime Stasi-Kenntnisse vorweisen kann?

(Quelle :Landtag intern ,(Wol Ke))

Hinter der Larve des Friedens : Das Gesicht des Terrors

Leider, - aber doch wohl üblich,- versuchen linksradikal-staatsfeindliche Kräfte den NATO-Angriffskrieg auf dem Balkan für ihre demagogischen Politmachenschaften zu mißbrauchen.

Am Maiende war es wieder einmal soweit, denn in Essen sprach Verteidigungsminister Scharping.

Diesen Anlaß nutzte das sog. *"Friedens-Forum"* (hinter denen sich die Drahtzieher von Antifa und ähnlichen gewalttätigen Gruppen verbergen) zu einer Demonstration.

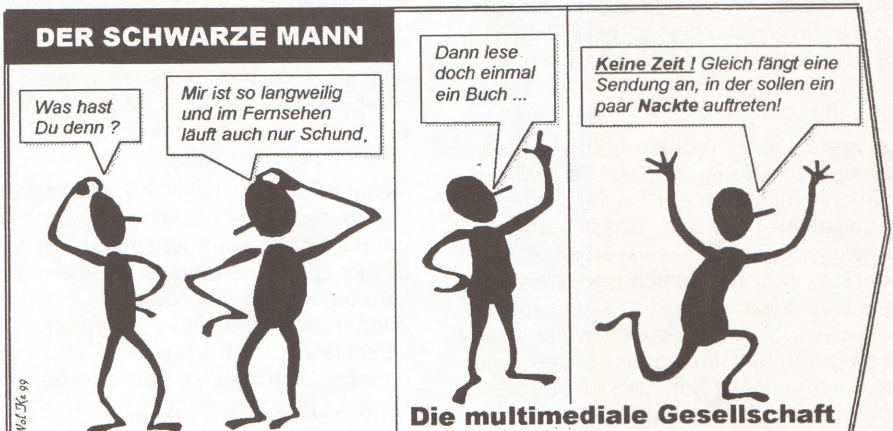
Etwa 50 angekarrte *"Friedensdemonstranten"* (über die Hälfte Ausländer) zogen, Parolen gröhlend, zum Versammlungsort, wo sie eine Kundgebung abhielten, wobei vorgefertigte Reden zu diesem ernsten Thema verlesen wurden.

Im Umfeld dieser sog. *"Mahnwache"* verteilten ,-durch den Vorsitzenden des NPD-Bezirksverbandes Ruhr , Bernd Kremer, organisiert -, Volksrechtler der NPD Flugblätter, in denen die Essener Bürger auf den tatkräftigen Einsatz der Nationaldemokraten zur Friedenssicherung in der Welt hingewiesen wurden. Auch über die Strafanzeige der NPD gegen die den Angriffskrieg mitführende Bundesregierung wurde aufgeklärt.

Nachdem die von der SED-Nachfolgeorganisation PDS organisierten Redner mit dem Verlesen ihrer heuchelnden Worthülsen (Zitat: *"Man muß bedenken, das es im dortigen Krieg auch kaum Kühlschränke gibt..."*) geendet hatten, forderte die Demonstrationsleitung umstehende Bürger auf, ebenfalls ihre Meinung zu dem Krieg in das Mikrophon zu sagen. Das dieses auch genutzt werden würde, - damit schien man aber nicht zu rechnen.

Der ebenfalls anwesende NPD-Kreisvorsitzende von Recklinghausen, Kevering, ließ sich diese Möglichkeit nicht entgehen und bezog eindeutig Stellung gegen diesen von internationalen Finanzkräften gewollten und durchgeführten Eroberungskrieg zur

(Fortsetzung Seite 10)



Hinter der Larve des Friedens : Das Gesicht des Terrors

(Fortsetzung von Seite 9)

Erringung der Bodenschätze auf dem Balkan. Zuerst bemerkten die linksradikalen Kräfte gar nicht, wer da etwas sagte und in welche Richtung die freie Rede ging, doch als Kevering die Sprache auf die noch immer von Polen besetzten deutschen Ostgebiete brachte, wurde es kritisch:

Aufgebrachte *"Nazi-Rufe"* und das Wegreißen des Mikrophons waren eines. Unter rüdester Gewalt wurde der für nationale Belange eintretende Volksrechtler weggedrängt und nicht nur verbal beschimpft und bedroht.

Hilfreich nahmen anwesende Staatsschutzbeamte sogleich auch noch die Personalien von zwei Volksrechtlern auf, die einige hundert Meter von der Kundgebung entfernt stehend, Flugblätter verteilten.

Der Versuch, bei den umstehenden Polizeibeamten eine Strafanzeige wegen Körperverletzung anzubringen war fruchtlos. Der angesprochene Polizist meinte grinsend, daß er *nichts gesehen habe.* Auch die Frage nach seinem Namen beantwortete er nicht und drehte sich einfach weg. Dieser traurige Beweis einer eigenartigen Auffassung des geltenden Rechts wurde auch durch jene bekräftigt, die sich neben dem aufgebauten Tischchen der PDS aufhielten und linke Hetzschriften darboten:

Hysterische schrie eine Rosa-Luxemburg-Kopie auf, als sie auf den Unterschriftslisten der Antifabündnisorganisation PDS die Anschriften der anwesenden NPD-Kreisverbände entdeckte. Wild herumfuchtelnd kreischte sie weinerlich : *"Guckt mal, was die da machen...",* und zerknüllte wütend die bereits unterschriebenen Listen und schaute entsetzt auf, als sich Nationaldemokraten auch noch ruhig an den Pamphleten bedienten und mitnahmen.

Auf die sachliche Frage, ob dieses die Form der Demokratie und Meinungsfreiheit sei, die sie in stalinistischer Tradition vertreten würden, wurde grinsend geantwortet: ***Ja!*** Zugleich wurde die Volksrechtler erneut unter den Augen der Polizei bedrängt , beschimpft und bedroht. Das Angebot zu einem sachlichen Gespräch wurde hämisch zurückgewiesen. *"Wir bestimmen hier und mit wem wir reden!"* Diese Antwort ließ keinen Zweifel daran, das der Staat, der von diesen linken Hetzern angestrebt wird, eine Diktatur des Terrors sein wird. Auch Lenin, der Führer der mordenden Revolution in Rußland bezeichnete sich stets selbst als Sozial*demokrat* !

Die in Essen gegebene Vorstellung der, durch den Auftritt der Volksrechtler der NPD irritierten, Linksextremisten zeigte den Bürger drastisch die rote Zukunft auf: Niederdrücken von Meinungsfreiheit und Einsatz körperlicher Gewalt gegen friedlich diskutierende Menschen!

In ihrem Vorgehen gegen die Volksrechtler der NPD bewiesen die hier agierenden Undemokraten aber auch deutlich, daß sie für die Auflösung der Völker in ihren Ländern eintreten und das sie nichts anderes sind, als der Straßenpöbel, den die internationalen Kräfte brauchen, um sich nicht selbst die Finger zu beschmutzen.

Wer in Essen dabei war, wird gesehen haben, das den angeblich so *friedensliebenden* Linken alles genehm ist, um den Bürger zu belügen. Selbst die Toten des Balkankrieges werden gnadenlos ausgenutzt, um linke Phrasen zu verschleiern. Das Ergebnis kann man unbedenklich in einen Satz zusammenfassen: Linke Saat birgt Volksverrat!

(Wol Ke)

MÜLLVERBRENNUNG

Müll,- ein Problem, welches uns alle angeht!

Mit neuester Technologie *(Müllverbrennungsanlagen)* versucht man seit einigen Jahren der Herr dieses Problems zu werden. Natürlich, denn es erscheint vielen auch bequem, da man verbrannte Stoffe nicht so offensichtlich sieht wie Müllberge und das *Zeug* ist einfach weg.

Ist es das wirklich so... ist es wirklich weg...?

Der NPD liegt der Jahresbericht 1998 einer mittleren Müllverbrennungsanlage (*RZR in Herten*) vor, der eine ganz andere Sprache spricht. Auf graphisch geschickt dargestellter Weise zeigt er, das man doch weit unter den Grenzwerten bleiben würde... . Zu den Grenzwerten jedoch muß man wissen, daß diese von *"Experten"* festgelegt werden und natürlich immer unterschritten wird.

Der vorliegende Bericht zeigt etwas Erschreckendes,- nämlich die tatsächlichen Zahlen der Stoffe, die im Berichtszeitraum von der Anlage in die Atemluft geblasen wurde:

2 190,0 kg Schwefeldioxid,
197 275,2 kg Stickstoffoxid,
23 126,4 kg Kohlenmonoxid,
963,6 kg Chlorwasserstoff und
1051,2 kg Staub

Dieses ergibt zusammengezogen einen täglichen Ausstoß von 615,36 kg schwerster Schadstoffe, die von den angeblich so guten Filtern nicht zurückgehalten werden können.

Wenn man sich die Auflistung anschaut, erkennt man eindeutig, das sich unter den hier aufgelisteten Schadstoffen auch Giftgase befinden! Doch dieses sind nur die Zahlen EINER Müllverbrennungsanlage!

Zu den obigen Stoffen kommt noch eine zu deponierende Restmenge von 4.967 Tonnen Filterstäuben, 1.498 Tonnen Reaktionsprodukte (?) aus der Rauchgasreinigung und 21.393 Tonnen Drehrohrschlacke hinzu, in denen die Schadstoffe in absolut verdichteter Form enthalten sind. Wo diese Schadstoffmengen landen, erfuhr die NPD nicht.

Der Wahnsinn dieser Müllentsorgung wird nicht nur dadurch auf die Spitze getrieben, das die Müllentsorgung *(je nach Gemeinde)* dem Bürger bis zu 700 DM im Jahr kostet, sondern diese Giftschleudern in der politischen Verantwortung derer betrieben werden, die immer dem Umweltschutz das Wort reden: Umweltminister, gestellt von den GRÜNEN.

Um dem ganzen die Krone aufzusetzen wurde nun bekannt, daß in der hier benannten Müllverbrennungsanlage jetzt auch belgischer Müll entsorgt werden soll. Was kümmert es die Verantwortlichen in Brüssel auch, wenn der Giftdreck über dem am dichtest besiedelten Gebiet Europas herunterrieselt. Die Zukunft des Kohlereviers ist doch schon zu Grabe getragen worden, jetzt legt sich nur noch die Asche aus den Schornsteinen der Müllverbrenner darüber. *(WolKe)*

»Wir befinden uns am Anfang einer globalen Umwälzung. Alles was uns noch fehlt, ist eine große weltweite Krise, bevor die Nationen die neue Weltordnung akzeptieren.

David Rockefeller, neben Clan-Chef Rothschild mächtigster Steuermann der sogenannten »westlichen Wertegemeinschaft«, zitiert aus »Leitheft« Nr. 140, Marl)

Am Rande notiert:

Merkwürdige Gebühren

Was zahlen Sie eigentlich für ihre Wohnung ? Miete,- natürlich! Doch wie hoch ist der Quadratmeterpreis? Nun, das wissen wir natürlich nicht, aber der NPD kam eine Auflistung in die Hände, in der Quadratmeterpreise genannt werden. Genauer gesagt die *Gebühren* (so nennen das die Städte geschickt, wenn sie kosten verschleiern wollen die auch SIE mitzubezahlen haben), die in der "*Satzung über den Gebührentarif für die Benutzung der Übergangsheime für Aussiedler, ausländische Flüchtlinge und Wohnungslose der Stadt Herten*" schriftlich gefasst sind.

Das Merkwürdige fällt schon in dem Wortungetüm des Titels auf, in welchem Aussiedler und ausländische Flüchtlinge (*hieß das nicht einmal Asylanten?)* gleichsam in einen Topf geworfen werden. Das wesentliche jedoch sind die *Gebührensätze,* welche die NPD in Erfahrung bringen konnte:

13,60 DM pro Quadratmeter werden da genannt. Zahlen Sie auch soviel? Aber es kommt noch toller: In dem Heim "Ewaldstraße" finden wir gar die Summe von 19,75 DM !!!

So, jetzt wissen Sie zumindest, wo ihre kommunalen Abgaben landen. Sicherlich freuen sie sich nun auch, denn jetzt wissen Sie wenigstens, wie "billig" derartige Heime sind. *(Wol Ke)*

Auch Goethe war ein Nazi

Im Goethe-Jahr darf auch die Entnazifizierung des großen Dichters nicht ausbleiben. Theodor Fontane ist ihm im Fontane-Jahr bereits vorangegangen und weitere große Deutsche werden noch folgen.

Die Amerikaner, die nicht nur dafür bekannt sind, daß sie keine Manieren, sondern im Gegensatz zu den Europäern auch wenig Bildung haben, konnten durch einen Professor der Berkeley-Universität über Goethe feststellen, daß dieser faschistoide Züge hatte. Begründet wurde das durch Goethes Einstellung, für Recht und Ordnung einzutreten.

Wie es in seiner Zeit üblich war, wurde auch in Weimar noch gefoltert. Goethes Mitwirkung an der entsprechenden Gesetzgebung und die von ihm geförderte Bekämpfung aufmüpfiger Bauern und Studenten machten ihn, so der Berkeley-Professor W. Daniel Wilson, zu einem frühen Nazi.

Daß er die zu seiner Zeit gültige Verfassung des Staates, in dem er als regierender Geheimrat und Minister mitwirkte und in der er eine eigene Ökonomie und ein auf sein Werk bedachtes Leben führte, unterstützte und seine stattlichen Ausgaben für eine repräsentative Lebensführung nicht verbarg, macht ihn in den Augen von Sozialisten auch heute noch verdächtig.

(Frenz)

SATIRE • SATIRE • SATIRE • SATIRE • SATIRE

Das Letzte?

Die SPD in Herten hat ernsthaft vorgeschlagen, die durch ihre Politik mit verursachten Zechenschliessungen und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit so zu lösen:
„Da bauen wir eine Diskothek rein und schaffen Arbeitsplätze."
Wir schlagen ergänzend vor: Eine Achterbahn in den Stollen und Skifahren auf der Halde! *...oder was?*

GLOSSE !?!

Der Sängerkrieg

"Singe wem Gesang gegeben" oder der Ruhm des deutschen Gesanges beschrieben in der Nationalhymne ist dahin. Das Jobkillergesetz des Minister Rister läßt den Gesang aus deutschen Kehlen verstummen.

Daran ist nicht das teurere Faßbier, welches die Sängerkehlen befeuchtete und auch nicht das Fernsehen oder der Kosovo-Krieg schuld. Der Deutsche Sängerbund, der 20 Tausend Chöre vertritt, gibt die Schuld dem abgespeckten 630,-- DM Gesetz der rot/grünen Koalition. Für weniger Geld ist kein Chorleiter zu finden, erklärte der Vorsänger Heinz Eyrich. Untergangsstimmung herrscht am Ende dieses Jahrhunderts.

Nachdem der deutsche Wald stirbt, stirbt auch der Gesang und die Wirtschaft stagniert, weil sich keiner mehr nach dem Vers: "Wo man singt, da lasse dich nieder" richten wird. Ein neuer Sängerkrieg muß her, um das Liedgut zu retten.

Der Kulturminister Naumann ist jetzt gefragt. Er muß an die Sängerfront, witzelt man unter Sangesbrüdern, obwohl er Friedrich Silcher mit Rosemarie Pilcher verwechselt. *(Frenz)*

Anzeige:

Bitte nachbestellen und weitergeben!

UN • Postfach 101706 • D-46017 Oberhausen

KURZNACHRICHTEN

Mittelblatt der UN 06/99

Das UN-Motto: ***Wahrheit • Klarheit • Offenheit!***

Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise

AUS für Reemtsma

Zdjęcie po lewej przedstawia trzech Niemców powieszonych przez swych rodaków. Na bluzach mają zawieszone kartki z napisem: „jestem tchórzem". Ta sama fotografia znajduje się na wystawie z podpisem sugerującym, że pokazuje powieszonych Polaków lub Rosjan. Napisy na kartkach wymazano.

Vierseitigen Sonderdruck im Format DIN A4 anfordern bei

UN • Postfach 10 17 06 • 46017 Oberhausen

Kostenlose Leseprobe der 12-seitigen UN gegen DM 3.- Rückporto

Nur ***ein*** Beispiel: Schrift verschwunden!

Selbst den Polen platzt der Kragen!

Die angesehene polnische Zeitung »Zyzie« (Warschau) enthüllt, wie mit Fotos Schindluder betrieben wird. Wer die Anti-Wehrmachtsschau des Nationalmasochisten Reemtsma und des Altkommunisten Heer jetzt noch betritt und durch sein Eintrittsgeld fördert, sollte sich schämen!

NEUES AUS ABSURDISTAN

Hasch' mich - das macht nix

Die Bundesregierung hat sich aus der seit 1990 erfolgreichen Kampagne "Keine Macht den Drogen" zurückgezogen. Denn, so die Drogenbeauftragte Nickels: Der Slogan würde die Alkohol-Reklame unterlaufen. Der CDU-Drogenexperte Hüppe vermutet als wahren Grund, die Regierung fühle sich "bei ihren Vorstellungen zur legalen Abgabe von Haschisch gestört".

Ex und Hopp

Nach einer Neuregelung des ehemaligen Bundesfinanzministers sollen Minister künftig ihre Dienstwagen bereits nach einem Jahr gegen neue austauschen dürfen: Der schnellere Fahrzeugwechsel "kann in bestimmten Fällen wirtschaftlicher sein". Mehrere Minister hatten kurz nach Dienstantritt Neuwagen geordert, obwohl die Autos der Vorgänger noch keine drei Jahre alt und im Haushalt auch keine Gelder dafür eingeplant waren.

Biedermann und der Löschschaum

Ein neues Gutachten zur "Pallas"-Katastrophe zeigt: Eine erstklassig ausgerüstete Cuxhavener Spezialeinheit wollte damals sofort eingreifen, doch Schleswig-Holsteins grüner Umweltminister Steenblock fand "Löschschaum zu gefährlich für die Ökologie".

Ex Oriente Lux

Im Andachtsraum des Reichstages zeigt eine eigens eingebaute Stufe, wo Mekka liegt. Ein Kreuz ist nicht zu sehen - es liegt in einem Schrank im Vorzimmer.

Manfred Dammeyer: Kaum begonnen, schon am Ende?

Manfred Dammeyer, der als Nachfolger von Klaus Matthiesen Fraktionschef der SPD im Düsseldorfer Landtag wurde, ist von seinen Genossen in Oberhausen der Stuhl vor die Türe gesetzt worden. Sie verweigerten dem Sozialarbeiter, den seine Kumpel aus den Gewerkschaften zu einem Professor an einer Gewerkschaftshochschule gemacht haben, die Direktkandidatur für die Landtagswahl.

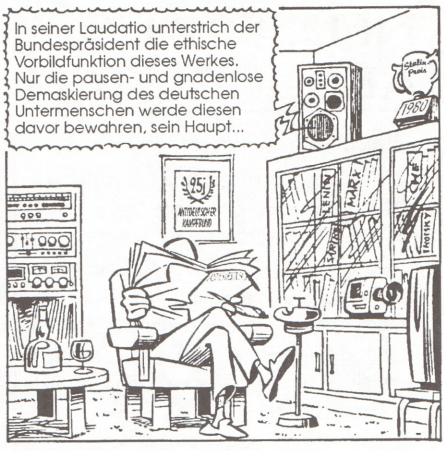
Da die SPD in unserem Land fast alle ihre Abgeordneten in der Direktwahl durchbringt, ist es auch nicht sicher, ob der Herr Dammeyer über einen Listenplatz wieder in den Landtag kommt. Friedhelm Farthmann, einst wie Dammeyer Fraktionsvorsitzender, scheiterte bei der letzten Landtagswahl auch an einem Listenplatz, der nicht mehr zog.

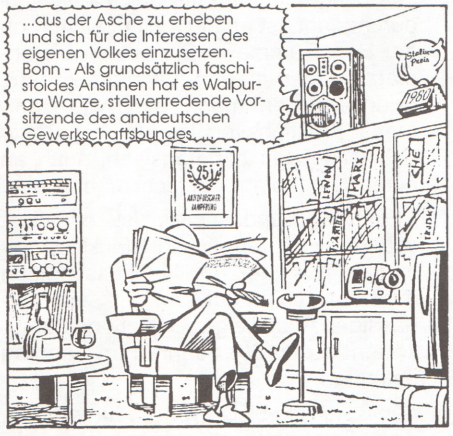
Für die Landespolitik ist es nicht schade, wenn der linksgestrickte Dammeyer aus der Politik ausscheiden müßte. Noch zu gut sind uns seine gehässigen Ausfälle gegen Nationaldemokraten in den 80er Jahren im Landtag geläufig.

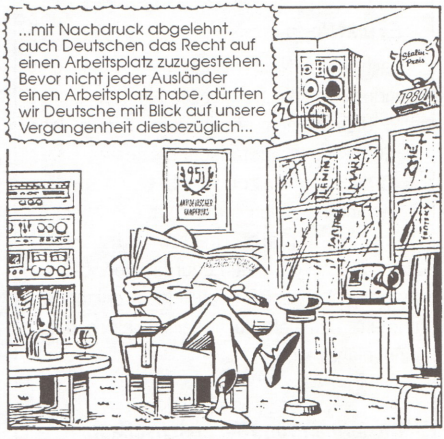
Daß sich die SPD-Promis Müntefering, der Europafraktionsvorsitzende Hänsch, sowie auch Wolfgang Clement, vergeblich für die Nominierung Dammeyers auf der Oberhausener Versammlung einsetzten, zeigt, wie weit sich die SPD-Führung von ihrer Parteibasis entfernt und abgehoben hat. Friedhelm Farthmann gab mir dafür einmal die Erklärung, als er anmerkte, daß er in NRW keinen Bezirks- und Unterbezirksvorstand kenne, in dem noch ein Arbeiter Mitglied sei. *(Frenz)*

DZ abonnieren!
nur DM 21,50 im Jahr inkl. Porto

ALLTAG IN DEUTSCHEN WOHNZIMMERN?







Teure Therapien für unverbesserliche Jungkriminelle

Die Erziehungsexperimente, die die Jugendämter auf Steuerzahlerkosten durchführen, grenzen oft ans Groteske. Auch jetzt wieder, wo das Jugendamt der Stadt Monheim/Rhein einen 13-jährigen Jungen mit einer Betreuerin auf die Kanaren, zur Insel La Gomera (Nomen est Omen) schickte, um ihn resozialisiert wieder in die Monheimer Gesellschaft aufnehmen zu können.

Der Knabe, der zuvor durch Spritztouren mit gestohlenen Autos auffällig wurde, konnte auch auf den Kanaren nicht von seinem Hobby lassen. Er klaute das Auto der Betreuerin, während diese sich in den Armen eines braunen Südländers verwöhnen ließ.

Das Liebesvergnügen der Sozialpädagogin wird auch vom Steuerzahler finanziert und das Ganze wird auch weitergehen, da das Jugendamt beim Abbruch der Erziehungsmaßnahme auf La Gomera den Therapieerfolg für den 13-jährigen gefährdet sieht. *(Wfr.)*

KÖLN PLEITE

Der Stadtrat von Köln hat auf wegen der angespannten Haushaltslage *(Jahresetat 6,5 Milliarden DM, hiervon 1,2 Milliarden DM Personalkosten)* zu einer drastischen Sparmaßnahme gegriffen. Die in der Stadt stehenden 85 Brunnen und Wasserspiele werden ab sofort abgeschaltet. Diese Maßnahme soll den gewünschten Spareffekt erzielen. In ihrer Kurzsichtigkeit vergaßen die Ratsherren jedoch, daß Köln auch zu einem großen Teil vom Fremdenverkehr lebt, der die Rheinmetropole besucht. Sicherlich werden es die Fremden zu schätzen wissen, vor trockenen Brunnen zu stehen und ihr Erinnerungsfoto damit zu schmücken, wie sie neben diesen Anlagen stehen, die von einigen Zeitgenossen als großer Müllbehälter entdeckt wurden.... . *(Ju Ke)*

Scherzfrage!

Frage : WAS IST DAS : Es ist rot-grün, hat zehn Köpfe und zwanzig Beine ?

Antwort: Familie Fischer trifft Familie Schröder und hat die ausgemusterten Ehefrauen gleich mitgebracht.

Wo Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!

SPIELBANK IN DUISBURG

Eine neue Einnahmequelle hat die ehemalige Industriestadt Duisburg für sich entdeckt: Sie wird gemäß dem NRW-Zulassungsgesetz die vierte Spielbank in NRW erhalten. Innenminister Fritz Behrens (SPD) stimmte dem Antrag der Westdeutschen-Spielbanken-Gesellschaft (*ein Tochterunternehmen der WestLB)* zu. Die Spielbankbetreiber gehen von Jahreseinnahmen aus, die bei etwa 500 Millionen DM liegen sollen. Merkwürdigerweise weist der Rechenschaftsbericht des Jahres 1998 nur 231,8 Millionen DM als Einnahme auf. Von dieser Summe fließen 65 Prozent an das Land NRW .

Nachdem im Jahr 1974 das Spielbankengesetz verabschiedet wurde, dessen gesetzliche Maßgabe es war, die gesamten Einnahmen zugunsten älterer und behinderter Menschen zu verwenden, hat in den letzten Jahren die sog. *Spielbankenabgabe* immer stärker die marode Landeskasse mitfinanziert und die Haushaltslöchergestopft. Lediglich 50 Millionen DM gehen aus den Einnahmen der bereits bestehenden Spielbanken (*Aachen, Bad Oeynhausen und Dortmund*) in die gesetzlich vorgesehene Kasse. Hier ist der deutliche Versuch zu erkennen, dem Bürger weiter das Geld aus der Tasche zu ziehen. Erste kritische Stimmen wurden mit dem Argument niedergebügelt, daß etwa 500 neue Arbeitsplätze geplant seien. Die Frage ist hierbei nur, wer diese Arbeitsplätze erhalten wird....

Wir Nationaldemokraten halten es für sinnvoller,

a.) wenn die Spielbanken schon bestehen, die Gesetze, die daran gekoppelt sind zu erfüllen und

b.) Arbeitsplätze so zu schaffen, das eine wirkliche Arbeitsmarktpolitik betrieben wird.

Für die dieses mitlesenden Abgeordneten des Landtages eine kleine politische Hilfestellung:

Duisburg beherbergt den größten Binnenhafen Europas und liegt geographisch etwa auch in der Mitte des Kontinentes. Was liegt da näher, als den Hafen und das sich daran anschließ ende Umland zu einer Drehscheibe des Warentransits auszubauen? Hierbei entstünden deutlich mehr Arbeitsplätze als die geplanten Stellen in der neuen Spielhölle. Auf die höheren Einnahmen für das Land NRW weisen wir erst gar nicht gesondert hin, denn dieses ist die logische Folgerung des Infrastrukturaufbaues. Erfahrungsgemäß müssen wir jedoch bemerken, das der hier gerade gemachte Vorschlag zeitversetzt etwa im Jahr 2030 von den derzeit noch Verantwortlichen als *Eigenprodukt* aus der Schublade gezogen werden wird, wie es schon so oft der Fall war. Wir erinnern hier beispielhaft einfach nur einmal an zwei lebensverbessernde Maßnahmen die von der NPD entwickelt wurden, nämlich der Gefahrgutkennzeichnung in der Binnenschiffahrt oder an die Rücknahmeverpflichtung bei Batterien. *(Wol Ke)*

Sich weltweit über die NPD informieren?
KEIN PROBLEM!
Nationaldemokraten im Internet:
http://www.npd.net

ZITIERT:

Deutschland mußte wegen Auschwitz mit dem EURO bestraft werden, meint Joschka Fischer

Der deutsche Wirtschaftsprofessor Wilhelm Hankel, der im vorigen Jahr in weiteren Kreisen dadurch bekannt wurde, daß er gemeinsam mit zwei Kollegen und dem Verfassungsrechtler Prof. K. A. Schachtschneider beim Bundesverfassungsgericht Karlsruhe Klage gegen die Einführung des Euro erhob, hielt bei der Herbsttagung der Zeitung „Schweizerzeit" am 7. November 1998 einen Vortrag über den Euro. In der anschließenden Diskussion äußerte er sich zu den politischen Gründen für die Einführung des Euro:

"Der Euro ist die Antwort Europas auf die deutsche Wiedervereinigung. Die deutsche Wiedervereinigung hat, wenn auch nicht bei den Völkern, so doch bei den Politikern eine irrationale Angst vor dem neuen, mächtigen Deutschland hervorgerufen. (...)

Aber offensichtlich empfand auch die deutsche Regierung diese Angst. Sie traut der demokratischen Stabilität Deutschlands offenbar nicht so recht. Deshalb wurde das Projekt Euro nach der Wiedervereinigung auch von Deutschland aus plötzlich beschleunigt. Der Euro erlebte gleichsam eine Sturzgeburt am Tag nach der deutschen Wiedervereinigung. Als der Eiserne Vorhang einbrach, wurde - besonders von Paris und Rom - als Bedingung für die Wiedervereinigung die Preisgabe der D-Mark gefordert. (...) Ich kenne die Motive nicht, welche die Regierung Kohl dazu veranlaßten, diesem Drängen der Franzosen und Italiener so rasch nachzugeben - obwohl man schon damals die Schwächen des Projektes Währungsunion erkannt hatte.

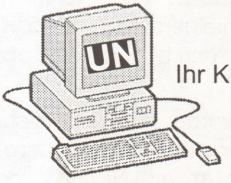
Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an eine Podiumsdiskussion an der Universität Frankfurt vor etwa drei Jahren, als der jetzige Außenminister Joschka Fischer den Studenten Rede und Antwort zum Projekt Euro stand. Damals teilte er alle vorgebrachten Bedenken gegenüber dem Euro in sachlicher Hinsicht - um dann seine kritischen Voten mit der Bemerkung abzuschließen, er habe der Grünen Partei im Deutschen Bundestag die Anweisung gegeben, für die Maastrichter Verträge, also für die Währungsunion zu stimmen.

Allgemeines Staunen und die Frage an Herrn Fischer, wie er zu dieser Schlußfolgerung komme, war die Reaktion. Es folgte aus dem Munde Joschka Fischers jener Satz, der die Politiker-Mentalität in Deutschland gegenüber dem Euro charakterisiert: Herr Fischer sagte, daß seit Auschwitz kein deutscher Politiker mehr gegen Europa stimmen dürfe."

(Zitiert nach der empfehlenswerten gedruckten Vortrags- und Diskussionswiedergabe: Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Der Euro - Schritt nach Europa und in den geordneten Globalismus? "Schweizerzeit" Schriftenreihe Nr. 32, "Schweizerzeit"-Verlags AG, CH-8416 Flaach, März 1999, S. 54.)

Anzeige:

Die Meinungsfreiheit
muß man schützen gegen die, die oben sitzen!



Ihr Klick gegen die
MEDIEN-
DIKTATUR:

http://www.un-nachrichten.de

EU-Korruptionssumpf

Daß die EU-Kommission in Brüssel nicht sonderlich pfleglich mit dem Geld der Mitgliedsländer umgeht, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern. Korruption, Vorteilsannahme und Mißwirtschaft führten zum Rücktritt der gesamten Kommission.

Wie bekannt wurde, hat der Europäische Rechnungshof festgestellt, daß 4 Milliarden Euro zweckentfremdet wurden. Von einem Teil dieser Summe ist bis heute nicht bekannt, wohin er geflossen ist.

Das dürfte aber nur die Spitze des Eisberges sein, den die Verschwendungssucht der EU-ROKRATEN verursacht. Wie bekannt wurde, sind erhebliche Geldmittel, die für ein Projekt "Ferien auf dem Bauernhof" in Bayern ausgegeben werden sollten, in den Bau von drei neuen Golfplätzen angelegt worden.

Als die Landwirtschaft noch rentabel war! Die neue Enteignungswelle erfolgt nicht durch den Sowjetkommissar sondern den Kommissar aus Brüssel. Über den Preis!

Ferner muß eine erhebliche Vetternwirtschaft im Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft herrschen. Dort sind viele hochbezahlte Posten an Freunde und Verwandte der EU-Kommission vergeben worden, ohne daß die notwendige fachliche Qualifikation vorhanden war.

Der scheidende Präsident des Europäischen Rechnungshofes, Bernhard Friedmann, fordert daher mit Recht, daß die EU-Ausgaben vor Ort kontrolliert und die Personalpolitik transparenter gemacht werden müßte. *(Frenz)*

Unfallort Spielplatz

Da es in der letzten Zeit vermehrt zu Pressemeldungen kam, in welchen über die Verletzung von Kindern auf den kommunalen Spielplätzen berichtet wurde, beschloß der NPD- KV Recklinghausen zu handeln und stellte den Antrag, die Spielgeräte auf allen Kinderspielplätzen durch den TÜV überprüfen zu lassen.

Der Antrag wurde unverständlicherweise nicht nur abgelehnt, sondern in dem Schreiben an den NPD-KV sogar zurückgewiesen.

Die Kommunen nehmen es also billigend in Kauf, wenn Kinder auf oder durch Spielgeräte verletzt werden. Von der Fürsorgepflicht der *"Stadtväter"* in ihren Gemeinden spürt man hier leider sehr wenig, zumal dieser Antrag bewiesen hätte, das sie selbst nicht Willens und in der Lage sind, für die Sicherheit derartiger Freizeitanlagen zu sorgen.

Der NPD-Kreisverband überprüft nun insoweit die Rechtslage, daß die Verantwortlichen im Falle einer Verletzung auf den Spielplätzen wegen Beihilfe zur Körperverletzung zur Rechenschaft gezogen werden. *(Ju Ke)*

Horst Mahler

Geboren 1936 in Haynau, Rechtsanwalt und Mitbegründer der Rote Armee Fraktion *(RAF).*

1971 verhaftet und zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt 14 Jahren verurteilt.

Sein damaliger Anwalt: ....

Gerhard Schröder...!

"LINKE SIND PSYCHISCH KRANK..."

Im Rahmen einer Veranstaltung, in welcher der ehem. Werwolf-Aktivist *Peter Naumann* und der ehem. Mitbegründer der *RAF, Horst Mahler,* in Form einer Podiumsdiskussion vor rund 150 geladenen Gästen über ihren Kampf gegen das System sprachen, konnte man interessante Fakten erfahren.

Beide lehnen richtigerweise Gewalt als politisches Mittel ab, da sich Gewalt grundsätzlich gegen den Ausübenden selber wendet. Ziel ist es vielmehr, eine geistige Veränderung zu schaffen, die sich im Bewußtsein des Menschen festsetzt und in welchem er erkennt, daß das System , wenn es nicht mehr weiterweiß, Volksgruppen gegen einander hetzt, so wie es derzeit zwischen "Links" und "Rechts" praktiziert wird. Mahler führte insbesondere aus, daß die RAF, die von den Medien als *"Linksterroristen"* hochstilisiert wurden, nie gegen das Volk agierten, sondern Systemträger herausbrechen wollte. Geschaffen wurde die *RAF* aus dem Gedanken der Unterstützung des vietnamesischen Volkes, welches gegen die USA um ihre Freiheit kämpfte. Dieses ist ein nationales Anliegen!

In der ,sich an den Vortrag anschließenden, Diskussion sprach auch der Kreisvorsitzende Kevering mit Horst Mahler und schilderte ihm die Sachlage des Bemühens, mit linken Kräften ins Gespräch zu kommen, wobei er auch auf die Vorkommnisse hinwies, die sich in Essen abgespielt hatten (*siehe Seite 4*). Auf die Frage, ob die Linken nicht merken würden, das es keinen Unterschied zwischen der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und der Vertreibung der Menschen aus dem Kosovo gäbe, antwortete Mahler klar und eindeutig: *"Diese Menschen sind psychisch krank. Sie sind das Produkt einer Erziehung in einer Gesellschaft, die nicht spürt, das sie sich selbst zerstört."*

Es geht nicht um Links oder Rechts,- es geht darum, ob man zu seinem Volk steht,- oder ob man Handlanger des internationalen Kapitals ist und das eigene Volk bekämpft !

Das dieser Ansatz in die wohl richtige Denkrichtung geht, beweist die ARD-Sendung *"FAKT"*, welche am 14.06.1999 ausgestrahlt wurde. Mit versteinerter Miene kommentierte man das Geschehene:... Da braue sich etwas schreckliches zusammen, denn in Mitteldeutschland verschwinden die Berührungsängste zwischen Linken und Rechten (der Pöbel am Straßenrand, der unsere Demonstrationen stört, ist nicht links, sondern nennt sich nur so, allenfalls ist er *...siehe Überschrift...*) und ehemalige Marxisten finden ihre Heimat in der NPD. Natürlich, denn wir sind National und Sozial !

Positiv zu bewerten ist, das dies in Mitteldeutschland auch von der anderen, der linken Seite, erkannt wird. **Nur starke Staaten mit national-sozialer Ordnung garantieren ein Überlebeben des eigenen Volkes.**

Vom Umgang der Briten mit ihren Ausländern

Großbritannien, das sich als Mutterland des Kolonialismus versteht und durch Einwanderung von Farbigen aus seinen ehemaligen und noch jetzt bestehenden Kolonien ein multikulturelles und multiethnisches Land geworden ist, wurde durch eine Statistik aufgeschreckt, in der festgehalten wurde, daß besonders Neuzuwanderer offensichtlich ökonomisch besonders erfolgreich waren und nicht nur zahlreiche kleine Geschäfte eröffneten, sondern auch beim Grundstücks- und Häusererwerb an erster Stelle stehen.

In den achtziger und neunziger Jahren war der Ausländerdruck so groß, daß es in zahlreichen Städten auf der Insel zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen ethnischen Minderheiten und den alteingesessenen Engländern kam. Ein Anlaß für die Regierung, das Staatsbürgerschaftsrecht zu ändern, das 1948 noch allen Commonwealth-Bürgern ein uneingeschränktes Niederlassungsrecht eingeräumt hatte.

Die Rassenunruhen bewogen dann 1983 die britische Regierung, in dem "British Nationality Act" Einschränkungen in der Zuwanderung vorzunehmen, die sich im Widerspruch zum Artikel 13 des Vertrages von Amsterdam befinden, der den Rassismus und die Benachteiligung ethnischer Minderheiten in den Mitgliedsländern verbietet.

Darunter dürften die britischen Bestimmungen fallen, wonach uneingeschränkte britische Bürger nur die sind, welche bereits 1983 in England lebten. Davon unterscheiden sich Briten zweiter Klasse, die aus den abhängigen Gebieten Bermuda, Gibraltar und den Karibik-Inseln kommen. Diese besitzen kein automatisches Einreiserecht nach Großbritannien. Weiterhin gibt es Briten dritter Klasse, die in den früheren Kolonien leben. Diese "British Overseas Citizen" haben keinerlei Rechte und dürfen weder ohne Einreisevisum nach England kommen, noch sich dort niederlassen.

Wir Deutschen sind viel großzügiger. Wir öffnen die Grenzen für die ganze Welt und lassen uns als Sozialamt für alle, die "mit Mühen und Sorgen beladen sind", ausplündern. *(Frenz)*

Reemtsma: Deutschland ist tot

Lieben Sie Deutschland?« Reemtsma beantwortete diese Frage im 1985 erschienenen Taschenbuch gleichen Titels heftig:

»Die einzig ernsthafte Reaktion auf die Frage, ob man Deutschland liebe, wäre zweifellos die Gegenfrage: Halten Sie mich für nekrophil?

Was bitte meinen Sie mit `Deutschland´? Worüber reden Sie, heute, überhaupt? Sie sagen `Deutschland´ und überlassen es der Phantasie des Antwortenden, zu ergänzen: `in den Grenzen von ...´ Oder meinen Sie das Land mit dem perversen Verfassungsauftrag, Deutschland nebst einer dieser Grenzen wieder auf der Landkarte einzutragen?«

Vier Jahre vor dem nach Reemtsma »perversen« Grenz- und Mauerfall rief Reemtsma »ins Gedächtnis«, ***»daß es genausowenig, wie es vor 1871 ein Deutschland gegeben hat, es nach 1945 eines gibt, wir also heute vierzig Jahre post mortem leben.«***

Da dieser Mann nicht nekrophil ist, also keine Toten lieben kann und Deutschland für ihn tot ist, hat er offenbar eine andere perverse Lust: auf Toten herumzutrampeln und sie zu verstümmeln.

Bitte fragen Sie jeden Politiker und Presseschreiber, der sich für die Show dieses Nationalmasochisten einsetzt, wie er das mit seinem Gewissen vereinbaren kann!

Und überzeugen Sie jeden Deutschen, der die Show dieses Multimillionärs mit seinem Eintrittsgeld auch noch fördern will, daß es nur eine Gegenwehr gegen krankmachendes Gift gibt: **»Verbraucher«-Streik!**

Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland

(Kürzel: VLDO; Kurzname: Vereinigte Ostdeutsche Länder)

1999: Achtzehn Jahre ostdeutscher Exilstaat

Ostdeutsche Staatskanzlei:

Louise-Schroeder-Straße 17 (Dipl.-Ing. Hans-Joachim Breitkopf) in D-22767 Hamburg,

Fernsprecher (040) 31 66 98.

Ausführliche Auskunft über den ostdeutschen Exilstaat erhält jeder Deutsche gegen BRD-Briefmarken-Voraus von DM 10,00 bzw. (falls im BRD-Postausland wohnend) gegen Geldscheine beliebiger, in BRD einwechselbarer Währung im Wert von DM 20,00 durch die

Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)

Öffentlichrechtl. Körpersch. ostdeutsch. Verfassungsrechtes

Sterngasse 1 in D-86150 Augsburg;

Fernsprecher (0821) ⌕ 3 31 04,

Fernablichter - Telefax - (0821) 31 31 04.

KÖLN ...
BONN ...
MÜNSTER ...
UNSERE GROSSVÄTER WAREN KEINE VERBRECHER
UND WIR SIND STOLZ AUF SIE!
AUCH IN NRW:
ÜBERALL WIDERSTAND GEGEN DIE SCHANDAUSSTELLUNG